

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

22.6.1929 (No. 142)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite.

Minister Dr. Leers an die Studentenschaft

Bei der Bismarckfeier der Karlsruher Studentenschaft am 21. Juni hielt der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Ing. h. c. Leers folgende Ansprache:

Wenn wir alljährlich in studentischen Feiern das Andenken Bismarcks ehren, so erfüllt uns das Gefühl ehrfurchtsvollen Dankes, daß es ihm gelungen ist, im langersehnten Deutschen Reich deutsche Länder zur Einheit zusammenzuschweißen.

Der Waise unbemerkt ist schon unter Bismarcks Kanzlerschaft und später bis zum Krieg mancher Wandel im Leben des Reichs und der Länder vor sich gegangen.

Seien Sie, Studenten, jetzt und einst, geistige Streiter für ein lebendiges, ein blühendes und wachsendes Deutsches Reich, dessen Kraft im Gemeinsein aller seiner Bürger wurzelt.

Das Saargebiet ungeteilt

In einer Erklärung der Industrie- und Handelskammer Leier wird als Voraussetzung für die Erfüllung des Youngplans verlangt, daß die besetzten Rheinlande geräumt und das Saargebiet ungeteilt verwaltet werde.

Ablehnung des Zusatzabkommens deutsch-schweizerischen Handelsvertrag

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags nahm unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Bejeune-Jung (deutschnational), zunächst die internationalen Genfer Vereinbarungen betr. die Aufhebung der Ausfuhrverbote von Häuten und Fellen, sowie Knochen an.

Letzte Nachrichten

Stresemann spricht erst am Montag im Reichstag

RDZ. Berlin, 22. Juni. (Tel.) In den ursprünglichen Dispositionen des Reichstages für die Durchführung der Beratungen über den Auswärtigen Etat ist dadurch eine Änderung erforderlich geworden, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der heute mit einer längeren Rede zur Debatte Stellung nehmen wollte, infolge der Anstrengungen, die die Madrid- und die aufstrebenden Befestigungen in Barcelona mit sich brachten, gesundheitlich so geschwächt ist, daß er auf jeden Fall, nach dem Rat der Ärzte nicht vor Montag das Wort ergreifen kann.

Keine Anerkennung eines Rechtsanspruches der Ruhrgebietsbewohner

RDZ. Berlin, 22. Juni (Tel.) Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete fand am Samstag eine eingehende Aussprache über die Ansprüche der Ruhrgebietsbewohner statt. Dabei erklärte Abg. Palmann (Wirtschaftspartei), daß er niemals diesen Verbands Hoffnungen auf die Erfüllung seiner Ansprüche gemacht habe.

Wiederenthüllung des „Jlitis“-Denkmals in Schanghai

RDZ. Schanghai, 21. Juni. (Tel.) Das zur Erinnerung an das deutsche Kanonenboot „Jliti“ errichtete Denkmal, das früher in der Hafenunterstadt stand und während des Krieges beschädigt wurde, ist kürzlich der hiesigen deutschen Gemeinde von der Stadtverwaltung zurückgegeben und heute in Gegenwart der Vertreter des Reiches, der deutschen Gemeindeglieder und Schulkinder auf dem Grundstüdt der deutschen Gemeinde wieder enthüllt worden.

Zur Beilegung des Streites zwischen Kirche und Staat in Mexiko

RDZ. Mexiko, 22. Juni (Tel.) Aus Anlaß der Unterzeichnung des Abkommens zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Kirche und Staat in Mexiko, wonach vorbehaltlich der Zustimmung des Papstes, die gottesdienstlichen Handlungen in den Kirchen wieder aufgenommen werden können, wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, die Regierung beabsichtige nicht, die katholische Kirche zu unterstützen oder sich irgendwie in ihre geistlichen Obliegenheiten einzumischen.

Beschluß des Reichskabinetts zum Sachverständigenbericht

Unter der Leitung des Reichsaussenministers, der an Stelle des erkrankten Reichskanzlers den Vorsitz führte, fand am Freitag eine Kabinettsitzung statt. In ihr berichtete der Reichsaussenminister über die Tagung des Völkerbundesrates in Madrid und über die in Paris geführten politischen Verhandlungen.

Mahnruf der Frauen an die Völker

Der in Berlin tagende Weltbund für staatsbürgerliche Frauenarbeit beschloß, einen dringenden Appell an alle Völker, sowie an die internationalen und nationalen Organisationen zu richten, die sich für die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit einsetzen, daß sie von ihren jeweiligen Regierungen und vom Völkerbund die Unterzeichnung der Fakultativklausel des internationalen ständigen Gerichtshofs, die schnelle Ratifikation des Kellogg-Pactes, sowie eine wirksame Einschränkung der Rüstungen aller Art fordern.

* Zur politischen Lage

Stresemanns Besuch in Paris

Wenn in einzelnen Zeitungen behauptet wurde, bei den Besprechungen zwischen Stresemann und dem französischen Minister in Paris sei die Räumungsfrage überhaupt gar nicht berührt worden, so konnte man sich von vornherein jagen, daß das falsch war.

Eine Lösung der Saarfrage ist deswegen recht schwierig, weil Deutschland die Kohlengruben der Saar, die bekanntlich bei Friedensschluß in den Besitz Frankreichs übergegangen sind, wieder zurückkaufen müßte.

Der Reichsaussenminister hat inzwischen dem Reichskabinetts in Berlin Bericht erstattet, und dieses hat einen Beschluß gefaßt, der deutlich zeigt, daß für uns Reparationsfrage und Räumungsfrage im engsten Zusammenhang stehen.

Poincaré und die Ratifizierungen

Herr Poincaré ist bekanntlich gleichfalls bereit, den Pariser Reparationsplan zu akzeptieren und seine Ratifizierung durch das Parlament herbeizuführen.

Poincaré hat mit allem Nachdruck von den Vertretern des Parlaments verlangt, daß jetzt unbedingt die sofortige Ratifizierung erfolgen müsse.

Für Herrn Poincaré ist die Ratifizierung des Schuldenabkommens mit Amerika durch die Kammer eine sehr wichtige Angelegenheit.

wohl kaum zu zweifeln, daß das französische Parlament einstimmig genug sein wird, die Ratifizierung auszusprechen.

Ablehnung des Getreidemonopols

Das Getreidemonopol ist in der Sachverständigenkommission zur Prüfung der Getreidepreise abgelehnt worden, nachdem sich eine Mehrheit für eine dem Monopol vorzuziehende Zollerhöhung und für einen Grundrißpreis ausgesprochen hatte, der nicht unwesentlich über den jetzigen Preis liegt. Die Sozialdemokraten, die anfangs mit den Deutschnationalen für das Monopol eintraten, haben darauf gegen das Monopolprojekt gestimmt und es mit ihren drei Stimmen und den Stimmen des Zentrumsvertreters, des Volksparteilers und des Demokraten (mit 6 zu 5 Stimmen) zu Fall gebracht. Damit dürfte einstweilen das Geschick des Getreidemonopols besiegelt sein. Man wird kaum den Versuch wagen wollen, dieses Projekt neu zu beleben.

Bedeutend ist die Tatsache, daß sich in der Kommission eine große Mehrheit für Zollerhöhungen ergeben hat. Damit wird selbstverständlich über die Haltung des Parlaments selbst und der Reichsregierung nichts ausgesagt. Bei allen Parteien ist jedenfalls die eine Erkenntnis ziemlich gleichmäßig verbreitet, daß es der Landwirtschaft im ganzen sehr schlecht geht, daß sie bei der relativen Niedrigkeit der Preise kaum noch bestehen kann, daß aber diese Niedrigkeit der Preise sich wegen der ungebührlich hohen Zwischenhandelskosten im Konsum nicht genügend auswirkt, und daß unbedingt irgend etwas geschehen muß, um der Landwirtschaft zu helfen. Das deutsche Volk in allen seinen Schichten sollte den Ernst der Landwirtschaftskrisis nicht verkennen! Und die Frage, wie diese Krisis zu beheben sei, wird bestimmt das wichtigste innerpolitische Problem der nächsten Zeit sein.

Zusammenstoß im Stinnes-Prozess

Bei der Vernehmung des Landgerichtsrats Brühl als Zeugen stellte der Vorsitzende an ihn die Frage, ob es richtig sei, was der Angeklagte v. Waldow und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Ehlers, behaupten, daß Brühl als Untersuchungsrichter zu dem beschuldigten v. Waldow gesagt habe: „Wenn Stinnes verhaftet wird, sollen Sie freigelassen werden; aber einer von beiden muß sitzen.“ — Zeuge Brühl: Ich fürchte zwar damals eine Beeinflussung des Angeklagten v. Waldow durch Stinnes, wenn beide sich auf freiem Fuße befanden; aber die Äußerung, daß einer von beiden sitzen müsse, habe ich nicht getan. — Rechtsanwalt Dr. Ehlers: Ich habe diese Äußerung aber auch gehört und werde sie als Zeuge unter Eid auszusagen. — Zeuge Brühl bleibt dabei, daß er diese Bemerkung nicht gemacht habe. — Als im weiteren Verlaufe der Vernehmung Verteidiger und Angeklagte dem Landgerichtsrat Brühl erneut den Vorwurf machen, während der Voruntersuchung versucht zu haben, die Beschuldigten mit der Androhung des Haftbefehls gezwungen zu machen, erklärt Landgerichtsrat Brühl: Das ist ja Quatsch! — Die Verteidigung verwahrt sich gegen diesen Ausdruck. — Der Vorsitzende bittet den Zeugen, durch solche Ausdrücke nicht wieder neue Erregung in die Verhandlung zu tragen.

Wiederaufnahme der Gottesdienste in Mexiko. Nach dem Abschluß der Verhandlungen über die religiösen Fragen, die, wie gemeldet, zu einer Einigung geführt haben, werden die katholischen Gottesdienste und der religiöse Unterricht in den Kirchen wieder aufgenommen, und zwar in Übereinstimmung mit den staatlichen Religionsgesetzen.

Karlsruher Konzerte

Die letzten musikalischen Veranstaltungen der Saison sind schon immer die Prüfungskonzerte der verschiedenen Lehranstalten gewesen. Auch heute führen sie deren offizielles Ende herbei, und zwar mit einem Aufgebot von klassischen, romantischen und modernen Abenden, die nochmals die Aufnahmefähigkeit der Hörernden aufs heftigste attackieren. Fast scheint es, als solle im Kampf gegen die Sonne, die jetzt ihre Strahlen senkrecht herabschleudert, und gegenüber der Natur, die gleich einer schönen Frau all ihre Reize aufbietet, auch Frau Musik zeigen, was sie nun eigentlich vermag, d. h. ob sie selbst angesichts solcher Konkurrenz die Menschen noch bezaubern kann.

Weit an der Spitze marschiert wiederum die badische Hochschule für Musik mit nicht weniger als 15 Schlussonzerten der Ausbildungsstufen, denen sich noch weitere sieben kleinere Veranstaltungen der Vorbereitungs- und Mittelklassen anschließen. Wenn die Direktion zu Anfang des dem Programm beigefügten Jahresberichtes sagt, daß diese umfangreichen Vortragsfolgen mehr als alle Hinweise den Geist erkennen lassen, der in den beiden Anstalten (Hochschule und Konservatorium) lebendig sei, so hat sie schon recht; denn die imponierende Fülle des Gebotenen beweist zur Genüge, was während des Jahres gearbeitet wurde, und die bisherigen Konzerte haben zudem bestätigt, daß auch wirklich gute Leistungen erzielt wurden. Dabei ist allen Darbietungen beinahe ein künstlerisches Gepräge gemeinsam, wie man es sonst bei Schüleraufführungen nur selten antrifft. Von den fünf Konzerten, die bis heute stattfanden, ist es daher ganz unmöglich, auf Einzelnes und Besonderes einzugehen, ob sich die Ausübenden nun am Klavier, an der Orgel oder in Gesang betätigten.

Musikunterricht vor allem als Dienst an sachlichen Geisteswerten, das ist auch das Zeichen, unter dem augenblicklich die Prüfungskonzerte des Musikischen Konservatoriums vor sich gehen. Es gab vorläufig im Eintrachtsaal zwei Abende. Der eine war ausschließlich der Mittelstufe gewidmet und zeitigte u. a. für Werke Bachs mitunter eine Wiedergabe, der man das Attribut vorzüglich zuerkennen durfte. Bei etlichen anderen Vorführungen war freilich auch nicht ganz zu übersehen, daß sie hinsichtlich der musikalischen Reife und des technischen Schickes für die jugendlichen Spieler doch wohl noch etwas zu schwer gewählt waren. Schon aus pädagogischen Gründen muß man immer wieder nachdrücklich warnen, bei solchem Anlaß den Ausbildungsgrad der Schüler zu überschätzen und sie vor Aufgaben zu stellen, denen sie noch kaum gewachsen sein können. Soweit ich dem zweiten Abend, der Konzerte mit Orchester und außerdem verschiedene Solo- und Gesangstücke brachte, folgen konnte, war das Gesamtergebnis übrigens günstiger.

Aus dem Reichstag Neine Vorlagen — Das Republikstimmengesetz verlängert Sturmrisenen

Im Reichstag wurde am Freitag die Staatsberatung unterbrochen, um eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen erledigen zu können. Zunächst wurde nach kurzer Debatte das Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen solange verlängert, bis die wesentlichen Bestimmungen dieses Gesetzes in die Reichsgewerbeordnung oder in das Strafgesetzbuch hineingearbeitet werden können.

Eine längere Aussprache rief die Vorlage hervor, mit der das Republikstimmengesetz um drei Jahre verlängert werden sollte. Von den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, den Christlich-Nationalen, den Deutschhannoveranern und den Kommunisten wurde die Vorlage bekämpft und die Aufhebung des Republikstimmengesetzes gefordert. Der Vertreter der Wirtschaftspartei erklärte sich grundsätzlich gegen das Republikstimmengesetz, beantragte aber als Kompromißlösung die Verlängerung des Gesetzes nur bis zum 31. Dezember 1930. Zur Verlängerung des Gesetzes bedarf es der für Verfassungsänderungen erforderlichen qualifizierten Mehrheit. Dieser Antrag wurde von der Regierungspartei, dem Kompromißantrag der Wirtschaftspartei zugestimmt. In dieser geänderten Fassung wurde die Vorlage in zweiter Lesung mit 266 gegen 124 Stimmen angenommen. Wenn bei der Schlussabstimmung in der später erfolgten dritten Beratung das gleiche Stimmenverhältnis erzielt wird, so wäre die Annahme mit qualifizierter Mehrheit gesichert.

Der Reichstag stimmte dann der Verlängerung der Beschäftigungsordnung bis zum 31. März 1930 zu. Die Novelle zu den Gesetzen über den gewerblichen Rechtsschutz und der Gesetzentwurf über Vereinigung der Grundbücher wurden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten. Während der Ausschuss in 12 Fällen die Genehmigung verweigerte, beantragte er die Zulassung der Vorführung und Verhaftung des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer, der deswegen vielfache Pressebeleidigungsprozesse hat, weil er eine ganze Reihe nationalsozialistischer Kopfschläger als verantwortlicher Redakteur zeichnet. Der Ausschussantrag wurde schließlich angenommen, aber vorher gab es hitzige Auseinandersetzungen, Ordnungsrufe, Ausweisungen, Sturm und Krach. Nachdem ein nationalsozialistischer Antrag auf Zurückweisung des Falles Straßer an den Ausschuss gegen Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgelehnt war, richtete der nationalsozialistische Abg. Dr. Fried gegen andere Parteien heftige Angriffe, die ihm Ordnungsrufe eintrugen.

Zu Sturmrisenen kam es, als er die Beleidigungen wiederholte, die den Gegenstand des Strafverfahrens gegen den Abg. Straßer bilden. Als der Sozialdemokrat Bippinski antwortete und Dr. Fried ihn wiederholt durch Zwischenrufe unterbrach, verfügte Präsident Händel über die Ausweisung Dr. Frieds aus dem Saal. Zu einem Handgemenge zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten drohte es zu kommen, als dann der Abg. Straßer die Sozialdemokraten Vaterlandsverräter und Jubelherde nannte. Straßer wurde wegen dieser Bemerkung aus dem Saal gewiesen. Wegen der Genehmigung seiner Strafverfolgung stimmten mit den Nationalsozialisten die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Die Anklagekreide im Prozess Koss. In dem Besançon-Autonomienkonflikt hielt am Freitag Generalstaatsanwalt Mettag die Anklagekreide. Er zählte die Wohltaten Frankreichs für das Elsaß auf, erzählte das Problem der nationalen Minderheiten und versuchte dann, die Behauptung zu erkräften, daß deutsches Geld und deutsche Hilfe in der autonomen Bewegung eine Rolle gespielt hätten, und daß Koss mit einer deutschen Spionageorganisation in Briefwechsel gestanden habe. Die Ausführungen des Generalstaatsanwalts beruhten im wesentlichen auf Zitaten aus elsässischen Zeitungen und haben etwas Neues, was als Belästigung angesehen werden könnte, nicht gebracht.

Unter den Nachzählern der Konzertreihe befindet sich auch die Gesangsreihe Gummann. Da der Name der bekannten Gesangspädagogin von vornherein Gewähr bot, daß ihre Kunstfertigkeit der Stimmbildung sich gleichfalls in den Leistungen ihrer Schule geltend machen würde, so ward die Kraft des Kritikers weder übermäßig noch unmäßig beansprucht. Wieder war allgemein eine sorgfältige Pflege des ihr anvertrauten Materials festzustellen, von einigen besonders hervorragenden Spitzenleistungen, wie sie bei Gerda Baumann und Martha Kraemer in der Erzielung eines schadenfreien Tones und in der absolut sicheren Ausnutzung der hohen Kopfresonanz zu bemerken waren, ganz zu schweigen. Denn auch alle übrigen Vorträge trugen ganz den Stempel Gummannscher Erziehung, und dies fand selbst bei noch substanzlosen Stimmen zumindest anerkanntenswerte technische Qualitäten. Gewandt, sicher und tonig betonte die Lehrerin persönlich alle Mitwirkenden am Flügel. Am dem erfreulicherweise nicht zu reichlich bemessenen Programm waren außerdem W. Anierer (Oboe) und N. Schnarr (Flöte) beteiligt. S. Sch.

Karlsruher Kunstausstellungen

Im Kunstverein ist zur Zeit eine ziemlich umfangreiche Gedächtnisausstellung des Leipziger Professors Franz Hein zu sehen. Es ist keine prominente Materie, die etwa zu problematischer Auseinandersetzung reizen könnte, sondern eine unbefangene Natur, die blumig-heitere Farben pflegt und dementsprechend auch ihre Motive wählt. Was Franz Hein zeitlich und anscheinend ohne besondere schwierige Entwicklungsstadien geschaffen hat, zählt noch ganz zur impressionistischen Epoche, und zwar zu jener Sonderart, die den landschaftlichen Eindruck als freundliche Erinnerung für den Salon des Städtlers festhalten wollte und dadurch ein bischen schon sich kunstgewerblich orientierte. So ist es wohl kein Zufall, daß die von ihm gezeigten farbigen Originalholzschnitte und einige Aquarelle fast mehr ansprechen als seine größeren Ölbilder, bei denen man heute den unbedingten Ernst zur Wahrheit doch zunehmend vermehrt. — Qualitätstafel zwar nicht ganz, aber dafür um so mehr hinsichtlich der stillen Beschaulichkeit und echt bürgerlichen Bescheidenheit entdeckt man einen Überflink mit Karl Duffant, der gleich neben dem Hauptsaal mit einer Kollektion kleinerer Landschaften vertreten ist, alles Bildchen, deren Freiluftergebnis erst im Atelier seine dem Genre gemäße altmodische und zuweilen etwas sentimental-fragwürdige Vollenbung bekommen hat. Dort weist auch Otto Hentscher an zwei größeren Stücken, von denen dem „Scherentamm“ (Siebenbürgen) eine gute Bildwirkung nicht abzusprechen ist, sein beachtliches Können wieder einmal nach. Noch weniger von zartem Brismus erfüllt sind die Tivoler Landschaften Otto Dainmüllers (Junsbrud), kräftige und gesunde Schilderungen, deren Hauptreiz oft in ihrer zerpfundenen, je-

Ablösung der privaten Unfallversicherung durch die Reichsversicherung

Durch das dritte Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 sind Einrichtungen und Tätigkeiten der Wohlfahrtspflege und des Sanitätsdienstes, insbesondere Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungsheime, Laboratorien, Krankeneinrichtungen usw. der Unfallversicherung unterstellt. Der neugeschaffene Versicherungsträger für diese Einrichtungen und Tätigkeiten, die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege übernimmt auf Antrag die aus privaten Unfallversicherungsverträgen der vorgenannten Anstalten und der in ihnen beschäftigten Versicherenden bestehenden Rechte und Verbindlichkeiten. Ausgeschlossen von dieser Übernahme sind Verträge, die noch vor dem 31. Dezember 1927 geschlossen sind. Dasselbe gilt, wenn in der Zeit vom 1. Januar 1928 bis 30. Juni 1928 stillschweigend eine Verlängerung stattgefunden hat. Anträge auf Übernahme der Rechte und Pflichten aus privaten Versicherungsverträgen auf die Berufsgenossenschaft sind bis zum 30. Juni 1929 beim Reichsversicherungsamt Berlin W 10, Königin-Augusta-Straße 26, vorzubringen.

Die amerikanischen Zölle auf Schweizer Uhren

Im Schweizer Nationalrat wurde eine Interpellation über die amerikanischen Zollerhöhungen begründet. Der Redner bezeichnete diese als eine ernsthafte Gefährdung des schweizerischen Uhren- und Siderieexportes. Bundesrat Schulthess, Vizepräsident des Volkswirtschaftsdepartements erklärte, die Vereinigten Staaten betrachten sich als völlig autonom bei der Festsetzung der Zölle. Sie behandelten alle fremden Staaten gleich und beobachteten nur die Maßgebungs-Klausel. Die neuen Sätze seien für die schweizerische Exportindustrie prohibitiv. Der Bundesrat habe sich mit den Vertretern der schweizerischen Industrie in Verbindung gesetzt und am 28. Mai in Washington eine Note in dieser Angelegenheit überreicht lassen. In dieser Note werde betont, daß die Schweiz an der amerikanischen Uhreneinfuhr mit 90 Proz., und an der Siderieinfuhr mit 60 Proz. beteiligt sei. Die Zollsätze seien erst vom Repräsentantenhaus beschlossen worden, und der Bundesrat hoffe, daß der Senat noch Abstriche vornehmen werde.

Die Steuerhinterziehungsstrafen. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Nachweisung über die bei den Besitz- und Verzehrssteuern festgesetzten und erlassenen Strafen zugehen lassen. Die meisten Fälle sind bei der Umsatzsteuer zu verzeichnen, nämlich 13 638 mit rund 4,6 Millionen Reichsmark. Dann folgt die Einkommensteuer mit 6590 Fällen in Höhe von 5,6 Millionen Reichsmark, und schließlich die Lohnsteuer mit 3491 Fällen in Höhe von 700 000 RM.

Der deutsche Außenhandel im Mai 1929 brachte einen geringen Ausfuhrüberschuß von rund 54 Millionen Reichsmark gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 24 Millionen Reichsmark im April.

Die Arbeitszeiträume werden auf die nächste internationale Arbeitskonferenz 1930 verlagert.

Die Vorbereitungen für die Weltfahrt des „Grafen Zeppelin“

Wie der Sonderberichterstatter der Telegraphenunion erfährt, sind namentlich die Untersuchungen der Motoren abgeschlossen. Wie verlautet, sind für die Störungen, die auf der letzten Fahrt eintraten, die Spiralfederrollungen verantwortlich zu machen, die jetzt abgeändert werden und in ihrer abgeänderten Form selbstverständlich erst sehr eingehend ausprobiert werden.

Die Amerikafahrt ist vorerst abgelehnt worden, da voraussichtlich erst die Weltfahrt unternommen werden wird. Diese hofft man etwa am 15. Juli antreten zu können. Die Vorbereitungen hierfür sind reiflos getroffen und können nicht mehr ohne mit ganz erheblichen Kosten verbundene Umänderungen abgeändert werden. Die endgültige Entscheidung hierüber fällt am Mittwoch oder Donnerstag. Die nächste Amerikafahrt wird 1930 stattfinden.

doch zum Gegenstand jeweils passender Jarbigkeit besteht. Als malerische Begabung mit ausdrucksvoller Handschrift ist weiterhin Leo Jaller zu nennen; seine pinibel durchgeführten Pflanzenstudien vereinen Sachlichkeit mit viel Empfindung, ein Lament, der auch die beiden leicht- und luftdurchwebten „Hegau“-Aquarelle sehr sympathisch macht, obwohl gerade sie zeichnerisch vielleicht noch etwas fester sein dürften. Fortschrittlicher präsentieren sich im diesmaligen Lintreis nur Alfred Springer (Darmstadt) und Alb. Bohn. Der Graphist des jungen Darmstädters merkt man inhaltlich nicht mehr an, daß er hier als Bühler-Schüler begann; denn die famosen Großblattdrucken und -zigen, die er auf seinen Wältern feilhält, gemahnen eher an Berliner Schule und speziell an G. Grosz oder R. Großmann. Auch in der farbigen Zeichnung zeigt er manches mit diesen gemein und ist im übrigen ein vorzüglicher Buchillustrator (zu S. Heyses „Steppenwolf“). Welchem Schulteil Alb. Bohn untersteht, ist schwer zu sagen, ebenso unvermerkt aber vorerst auch die Behauptung, daß es sich bei seinen zifflig gebauten Kompositionen gar nicht um Bilder handelt, sondern um ungeschickliche Verläufe, menschliche Gesichter im verwegenen Wortinn und auf unberechtigt kloppige Art zu materialisieren. S. Sch.

Jehners Fünfjahr-Vertrag. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat Jehner den ihm vom preussischen Kultusministerium übergebenen Vertrag unterzeichnet, der ihn für fünf weitere Jahre als Generalintendant der Staatlichen Schauspiele unter wesentlich günstigeren Bedingungen als bisher verpflichtet. Jehner bleibt auch Leiter der Staatlichen Schauspielschule. Das Recht zu Gastspielreisen außerhalb Berlins bleibt ihm vertraglich zugeichert.

Eröffnung der Bildelegraphenverbindung Berlin-Stockholm. Am 21. Juni um 21 Uhr wird auf einer Leitung Berlin-Stockholm eine öffentliche Bildelegraphenverbindung zwischen Deutschland und Schweden eröffnet werden. An dem Bildelegraphen nehmen alle deutschen und schwedischen Post- und Telegraphenanstalten teil. Mit Aufnahme des Bildelegraphen mit Schweden wird eine weitere Waise in das europäische Bildnetz eingefügt. Wie die übrigen Bildelegraphen, wird auch die neue Verbindung mit Stockholm die Möglichkeit bieten, über die Bildelegraphen verbundenen Länder hinaus Bildelegramme nach solchen europäischen Ländern zu befördern, die noch nicht an das Bildnetz angeschlossen sind, z. B. von Stockholm über die Bildelegraphenverbindung Stockholm-Berlin nach Niederland. Derartige Bildelegramme werden von der aufnehmenden Bildstelle auf dem schnellsten Postwege den Empfängern zugeführt. Für diese Sonderleistung wird ein verhältnismäßig geringer Zuschlag erhoben. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.